

Youngmans Schwächen, haben die russischen Arbeiter und Bauern die inländischen Ausbeuter vortrieben und den ausländischen Räubern den Stuhl vor die Tür gesetzt, die Tribute abgeschüttelt.

So zeigt die Entwicklung in allen Ländern, daß nur der Kommunismus die Rettung ist.

Auch für deutsche Arbeiterschaft gibt es nur diesen einzigen Ausweg.

Wir heute hier versammelten revolutionären Betriebsräte der Dresdner Betriebe, Vertrauensleute der überparteilichen Massenorganisationen, der Erwerbslosen rufen hiermit alle Arbeitenden auf, eine gemeinsame Front zum Kampf gegen den Faschismus, gegen den Terror des Finanzkapitals und den Terror der sozialfaschistischen Führerschaft zu bilden.

Der Reichstagswahlkampf ist ein Mittel zur Massenmobilisierung der Arbeiterklasse. Wir stehen in diesem Kampf an der Seite der kommunistischen Partei Deutschlands, der einzigen Arbeiterpartei. Wir fordern alle Arbeitenden auf, Wahlaustritte zu bilden, die Hauptkraft unseres Kampfes muß auf die Betriebe konzentriert werden. Der Gegenangriff gegen den Unternehmensangriff muß eingeleitet und mit härtester Energie durchgeführt werden. In den Betrieben bildet vorbereitende Kampfausschüsse!

Wir fordern alle die Arbeiter, die als freiwillige Wahlhelfer für die KPD, für die Liste 4 bereit sind, zu arbeiten, alle Vertreter der Betrieben auf, am

Donnerstag den 21. August 20 Uhr im Regierheim

in der öffentlichen Kundgebung zu erscheinen. Tagesordnung:

Kommunismus die Rettung!

Gegen Faschismus, Diktatur des Finanzkapitals und sozialfaschistischen Arbeiterverrat!

Hier zu uns! In unsere Front! Jeder Arbeiter ein Wahlhelfer für die KPD, für Liste 4!

Zum Kampf

Gegen Youngtribute und Unternehmerterror!

Für Arbeit und Brot!

Gegen die Diktatur des Finanzkapitals, Polizeiterror und Notverordnungen!

Für ein freies sozialistisches Deutschland!

Für die Diktatur des Proletariats!

Der vorbereitende Wahlausschuh.

Metallarbeiter, zerlegt den Kuhhandel!

Am 14. August fanden vor dem Schlichter Vorverhandlungen in dem Tarifstreit der sächsischen Metallindustrie statt. Die Vertreter des DMB erklärten, daß sie so lange nicht zu sächsischen Verhandlungen bereit wären, bis die Frage des Tarifs für die Leipziger Metallarbeiter von der für den übrigen sächsischen Bereich getrennt würde.

Während sich der Metallarbeiterverband mit den Unternehmern um die Rechtslage streitet, gehen die Unternehmer dazu über, in den einzelnen Betrieben den Lohnabbau durchzuführen. Für die sächsischen Metallarbeiter ist jetzt nicht entscheidend, ob gemeinsam über den Tarif und die Löhne für die Leipziger und die übrigen sächsischen Metallarbeiter verhandelt wird, sondern die Frage, wie wird am besten der Unternehmerrückgang entgegengewirkt? Aber dieser Frage weicht der DMB aus. Die Frage des Abflusses von Tarifen ist nicht eine Rechts-, sondern eine Machtfrage. Wie der Kampf in Plauen und in der Webstuhlfabrik in Neugersdorf beweist, sind die Reformisten bereit, jedem Lohnabbau zuzustimmen. Die Metallarbeiter Sachsens müssen diesem elenden Schacher, der mit ihren Lebensinteressen betrieben wird, ein Ende bereiten. Das ist aber nicht möglich, wenn sie länger passiv stehen und murren, sondern wenn sie dazu übergehen, in den Metallbetrieben sich ihren revolutionären Vertrauensmännern zu wählen und Betriebsgruppen der KPD bilden, die die Aufgabe haben, die Mobilisierung der Arbeiter zum Kampf gegen Lohnabbau, für den Siebenhunderttag bei vollem Lohnausgleich und für eine 15 Pf. betragende Stundenlohnsteigerung durchzuführen.

Fabrikarbeiter in den Kurorten des Kantons

Die „Franka“ vom 10. August teilt mit, daß in den Kurorten Anz, Rabandt, Teberd bereits 2095 Genesende von der Sozialversicherung verweilen, während eigentlich nur 1795 vorgesehen waren.

Die Arbeitersportler als Wahlhelfer der Liste 4

Freital-Deuben, 18. August.

Am 16. August tagte die Vereinsvertreterkonferenz der 9. Gruppe der Arbeitersportler im Bezirk Freital-Deuben. Die Konferenz beschloß einstimmig, am 6. September mit 3 Autos zu der Sportdemonstration nach Dresden zu fahren. Weiter wurde beschlossen, am 13. September eine Werbestafel für die Liste 4 durch Freital-Deuben durchzuführen. In einer Resolution, die einstimmig angenommen wurde, werden sämtliche Arbeitersportler aufgefordert, ihre ganzen Kräfte als rote Wahlhelfer für die Liste 4 einzusetzen.

Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die heute am 16. August tagende Vereinsvertreterkonferenz der 9. Gruppe, Bezirk Freital-Deuben, der anwesenden Vereine Deuben, Zanderode, Cokmannsdorf, Cunnersdorf und Höfendorf nahm Stellung zur kommenden Reichstagswahl. Die Konferenz beschließt, die Mitglieder der angeschlossenen Vereine aufzufordern, die Liste der Kommunistischen Partei zu wählen, die einzig und allein die oppositionellen Sportler in ihrem schweren Kampf um die Wiederherstellung der Einheit auf revolutionärer Grundlage restlos unterstützt. Wir geloben, alle Kräfte unserer Vereine zu mobilisieren und uns in die Front der roten Wahlhelfer einzureihen. Darüber hinaus rufen wir an alle hassenbewußten Arbeitersportler der noch im Bunde befindlichen Vereine den dringenden Appell, sich ebenfalls sofort als rote Wahlhelfer für den Sieg der Liste 4

Die Millionäre jubeln Hitler zu!

Reicherversammlung in Essen — Reservierte Plätze für die Geldgeber

„Hitler trammelt!“, schreibt der „Freiheitsschrei“, das Organ der Killinger und Co., „das rote Essen erweist“. Aber die Vermittlung ist völlig anders. Unter Essener Bruderblatt, das „Kührecho“, schreibt über die Essener Versammlung:

„Von Dortmund bis Moers, von Remscheid bis Geldern, von Hamm bis Düsseldorf, hatte man die Hitleranhänger in Vastantos herangeschafft, um viel Volk auf die Beine zu stellen. Am bezeichnendsten aber waren die zahlreichen eleganten Lagautos, die im Umkreis von 40 Kilometer die zahlungsfähigen zur Hitler-Demonstration brachten. Für diese Herrschaften waren besondere Plätze reserviert, damit sie nicht mit den gewöhnlichen Braunhemden in Berührung kamen. Sie wissen, warum sie kamen. Hitler ist ihr Mann, der Mann der Autobesitzer und der Geldhülle.“

Es waren also die Millionäre, die fälschlich als „das rote Essen“ bezeichnet werden. In seiner Rede betonte Hitler, daß die NSDAP nicht rassistisch ist. Er ist für die Bourgeoisie, für das Privateigentum der großen Ausbeuter und fand deshalb auch den Beifall seiner Geldgeber, der Millionäre auf den reservierten Plätzen.

Auch der thüringische Abgeordnete Saufel hat jetzt offen ausgesprochen, daß die Faschisten den Kurs der Brüning-Hindenburg noch verschärfen wollen. Nach einem Bericht der Dresdner Volkszeitung hat dieser Saufel in einer Versammlung in Meiningen gesagt:

„Das Vorbild eines Nazistates ist die preussische Korymbarmee. Es darf nur Gehörhabe und Befehle geben. Der Befehlende haftet seinem Vorgesetzten mit dem Kopf.“

Wenn der Führer auch offensichtliche Fehler macht, sie müssen ausgeführt werden. Widerspruch ist nicht erlaubt.

Die Nationalsozialisten sind keine Sozialisten. Die heutige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung muß erhalten bleiben.

Das Privateigentum an beweglichem und unbeweglichem Kapital bleibt erhalten. Nur Juden dürfen keines besitzen.

Die Strafe gehört ausschließlich den nationalen Deutschen. Der Nationalismus muß sich die Strafe erobern.“

Höring-Wahlhilfe für Jungdo

SPD-Arbeiter, heraus aus dem Reichsbanner! — Hinein in die Antifa!

Höring hat bekanntlich an die Führer der Giftgaspartei einige Fragen gerichtet, wie sie sich zur Republik und den Zielen des Reichsbanners stellt. Die Antwort der Giftgaspartei waren einige allgemeine unverbindliche Redensarten. Daraufhin bezieht sich Höring, im „Reichsbanner“ einen Artikel zu schreiben, in dem er wörtlich sagt, daß „der Feind links von der SPD und rechts vom Zentrum steht“. Die Bundesführung des Reichsbanners fordert dann die Reichsbannerproleten auf, die Wahlarbeit der Giftgaspartei zu unterstützen und die Versammlungen der Jungdofaschisten zu besuchen. Die Reichsbannerarbeiter sind ungeheuer empört über die Zumutung Hörings, daß jetzt die Proleten schon mit offenen Faschisten in einer Front marschieren sollen.

Die „linken“ Führer beileben sich natürlich, weil auf die Wogen zu gehen und die Reichsbannerproleten bei der SPD zu halten. Die „Plauerer Volkszeitung“ schreibt in einem Artikel: „Unmöglich! Das Reichsbanner für die Staatspartei!“

Man stelle sich vor, daß Arbeiter, hassenbewußte Arbeiter, eine Versammlung besuchen, wo der Berantwortliche für die Abweisung der ganzen Steuerlast auf die Schultern der Vermögenden der Staatspartei Dietrich, keine schamlose Politik verteidigt! Man stelle sich vor, daß hassenbewußte Arbeiter eine Versammlung besuchen, in der der Hochmeister des Jungdo, Artur Wahren, der Vorführer der Staatspartei, spricht! Hat man schon vergessen, daß der Jungdo gegründet wurde aus den Kreisen der Arbeiter-Studentenbrigade heraus, die jenen sächsischen Massenmord von Weidertsdorf an Proleten begingen, die wirklich die Verfassung schützen wollten? Jenen Mord, den das Proletariat nie vergessen sollte, der eine Rechnung darstellt, die noch unbeglichen ist!... Einer solchen Partei die Hilfe und Zusammenarbeit sozialdemokratischer Arbeiter anzubieten, — das erscheint uns so völlig unmöglich, daß wir glauben,

Die Nazis sprechen mit dem Arbeiter mit Hilfe der Nazis. Die Nazis sind stolz darauf, daß sie vollbracht, was das Bürgerium in langen Jahrzehnten nicht schaffen konnte, bringen in die Arbeiterklasse, und deren Organisationen zu zerstören.“

Zerstörung der Arbeiterorganisationen, um das Proletariat wehrlos den Ausbeutern auszuliefern, das ist das Ziel der Hitlerbanden, das ist ihr Freiheitskampf, der Freiheitskampf des Finanzkapitals, skrupellos die Werttätigen auszunutzen.

Die antisozialistischen Betriebswehren und Ortsgruppen werden aber die Massenaufklärung und die Organisierung der Kämpfe gegen Lohn und Gehaltsraub verstärken, sie werden mit allen Kräften mitarbeiten, um dieser braunen Unternehmerrunde das Handwerk zu legen und der Liste 4 am 14. September zum Siege zu verhelfen.

Hitler geht zu Hindenburg

Berlin, 18. August. (Eig. Drahtmeldung.)

Wie die „Welt am Montag“ berichtet, bereiten die Kreise um Hindenburg eine Zusammenkunft mit Hitler während des diesjährigen Aufenthaltes des Reichspräsidenten in Hindenburg und werden an der Zusammenkunft General von Seebeck teilnehmen. Die Zusammenkunft soll in einem neutralen Orte stattfinden. Hitler wird an der Zusammenkunft General von Seebeck und Justizrat Glag teilnehmen. In der Zwischenzeit kehrt Herr Hindenburg, Zankhausen seine Bemühungen um ein Zusammengehen mit den Volksoffiziaten und den Landwirten fort.

Eine Abfuhr der Terrorbanden

Berlin, 18. August. (Eig. Drahtmeldung.)

Der gestrige Sonntag stand wiederum im Zeichen nationalsozialistischer Terrorbanden. In der Nacht vom Sonntag den 17. auf den 18. August wurde in Berlin eine große Abfuhr erteilt. In der Nacht wurden von Schupo-Kommandos verhaftet aufgefunden. Als die Polizei sie weggeschaffen wollte, wurden sie von einer Anzahl Nationalsozialisten daran gehindert.

daß hier die Mitglieder selbst ihren Willen ganz eindeutig im Ausdruck bringen müßten!“

Wie zum Hohn erscheint unter diesem Artikel der „Antifa“-SPD-Zeitung in großer Volkenschrift die Aufforderung: „Wählt Sozialdemokraten, Liste 1!“ Die Reichsbannerarbeit werden den sozialfaschistischen Führern fraglos eine andere Antwort erteilen. Kein Zusammengehen mit der Giftgaspartei, Wahren und der J.G. Faschen. Kein Faktieren mit der Giftgaspartei der Diktaturverordnungen und der sächsischen Artikel-48-Diktatur! Keine Unterstützung der Sozialfaschisten, in das Reichsbanner zu einer Schutzgarde des Bürgerblocks, zu einer Anknüpfung gegen das Proletariat gemacht haben. Gemeinlich Kampf der revolutionären Arbeiterklasse gegen das Jungdo-Diktat und seine Eintreiber.

SPD-Fleißner beschlagnahmt Zeitungsaufruf für Steuerstreik

Leipzig, den 18. August.

Am Sonnabend wurde unser sächsisches Bruderorgan, die SWZ in Leipzig, durch die Polizei des Herrn Fleißner, beschlagnahmt wegen der Veröffentlichung eines Aufrufs zum Steuerstreik. So wie Wedel, der Präsident des sächsischen Landtages, bezieht sich auch der „linke“ Fleißner, die ungelieblichen Diktaturverordnungen des Reichsbanners zu retten. So also steht die praktische Politik der „Linken“ gegen die Diktatur aus.

Der SPD die Strafe verboten Das Werk eines Sozialdemokraten

Der heftige sozialdemokratische Innenminister, Deuschner, der gegen Erwerbslose in Worms Maschinengewehr auffahren ließ und die französischen Besatzungstruppen gegen demonstrierende Arbeiter mobil machte, hat einen neuen Streik gegen die revolutionäre Arbeiterklasse geführt. Auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung ist für das Gebiet des Reichsbanners ein Verbot erlassen, das alle Umzüge, Durchmärsche und Sammeltransporte von Mitgliedern kommunistischer und nationalsozialistischer Organisationen, soweit sie auf Kraftwagen, Fuhrwerken und Rädern erfolgen unterlagert. Es ist selbstverständlich, daß dieses Verbot sich besonders gegen die kommunistische Partei richtet.

SPD-Grimme ordnet Kolonialpropaganda an

Berlin, 18. August. (Eig. Drahtmeldung.)

Die preussische Koalitionsregierung hat durch den Kultusminister Grimme einen Erlass herausgegeben, der in den preussischen Schulen der Erziehung des Kolonialgedankens dienen soll. In diesem Erlass ist diese Erziehung als „Proklamant der Kolonialfrage“ dargestellt. Die bayerische Regierung geht noch weiter. In einem Erlass heißt es: „Als eine Aufgabe der Schulen muß auch die Pflege des kolonialen Gedankens eingelegt werden. Namentlich im Geschichts- und Erdkunde-Unterricht wird sich Gelegenheit geben, die kolonialen Zusammenhänge des Deutschen Reiches wahrzunehmen und darauf hinzuweisen, daß für ein großes Volk ein kolonialer Erfolg aus politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten notwendig ist.“

Jagd auf ehemalige SPD-Reichstagsabgeordnete

Berlin, 18. August. (Eig. Drahtmeldung.)

Wie die „Montagpost“ meldet, wurde in einer Wahlversammlung der SPD in der Köln-Wülfrather Straße in Köln Gen. Hans Kollwitz, ehemaliges Mitglied des Reichstages, verhaftet. Die Staatsanwaltschaft hat gegen ihn Befehl erteilt.